



Lokales

Protest gegen Verkauf der Spielbanken

Reaktionen: SPD-Abgeordnete, Fünfer-Bündnis und Betriebsrat sprechen von "Skandal"

Bad Oeynhausen (tcg). Einen an Absurdität nicht zu überbietenden Skandal, nennt Christian Dahm den Kabinettsbeschluss der schwarz-gelben Landesregierung, die landeseigenen Spielbanken zu privatisieren. Der SPD-Landtagsabgeordnete traf sich im Rathaus mit dem Konzernbetriebsratsvorsitzenden von Westspiel, mit Bürgermeister Achim Wilmsmeier, mit seinen Kolleginnen Christina Weng und Angela Lück und mit Vertretern des Fünferbündnisses, um den Protest gegen das Vorhaben zu organisieren. "Das ist nur ideologisch motiviert", sagt Dahm und rechnet vor, dass die Spielbanken mit rund 40 Millionen Euro die Hälfte ihres Ergebnisses ans Land und die Kommunen abführten. Wie man vor diesem Hintergrund die Behauptung aufstellen könne, Westspiel sei hoch defizitär, will keinem der Gesprächsteilnehmer einleuchten. Der ohne Debatte herbeigeführte Kabinettsbeschluss sei ein "Verfall der politischen Kultur", sagt Volker Brand (Grüne).

2016 habe das Defizit nach der Spielbankabgabe 2,9 Millionen Euro betragen, erläutert Thomas Bergmann, der Konzernbetriebsratsvorsitzende. Dafür müsse letztendlich die Westspiel-Mutter, die NRW-Bank gerade stehen.

Rund 30 Millionen Euro aus den vier in NRW betriebenen Spielbanken würden aber jährlich an die Stiftung Wohlfahrtspflege-NRW überwiesen, weitere zehn Millionen verteilen sich auf die vier Standortkommunen, Aachen, Duisburg, Dortmund und Bad Oeynhausen.

Achim Wilmsmeier und das Fünferbündnis fürchten um eine gute Million Euro, die jährlich als Spielbankabgabe in das Stadtsäckel wandert, um den Standortvorteil, den die Spielbank der Stadt beschere, um die 99 Arbeitsplätze und um die ordnungspolitische Funktion der staatlichen Zocker-Tempel. Das Spielbankgesetz schreibe vor, dass der Spielerschutz in den Einrichtungen des Landes an höchster Stelle stehe, betont Rainer Barg (BBO). "Das muss so bleiben."

»Die Belegschaft wird das nicht hinnehmen«

Die von Skandalen nicht freien landeseigenen Spielbanken sollten schon häufiger unter den Hammer: Der ehemalige NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) hatte 2016 versucht, die Westspiel-Gruppe zu privatisieren. Duins Plan war an Widerständen innerhalb der damaligen Regierung gescheitert.

Das nun Ähnliches passiert, ist die Hoffnung der Landes- und Kommunalpolitiker und des Betriebsrates, wobei Christian Dahm nicht glaubt, dass der Protest erfolgreich sein werde. Dennoch werde es eine kleine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zum Thema geben. Das Fünferbündnis organisiert eine Podiumsdiskussion - auch mit Landtagsabgeordneten von CDU und FDP - und der Rat möge den Bürgermeister ermächtigen, sich mit seinen Kollegen in Dortmund, Aachen und Duisburg zu vernetzen.

"Die Belegschaft wird die Privatisierung nicht hinnehmen", kündigte Rosario Mosca, der ehemalige Konzernbetriebsratsvorsitzende von Westspiel an.